Was wollen wir Liberale für Europa?

Ziel liberaler europäischer Entwicklungszusammenarbeit ist in erster Linie, Armutsursachen zu bekämpfen. Dies sehen wir als Grundlage dafür, Menschen insbesondere durch Bildung zu ermöglichen, ihren eigenen Lebensunterhalt zu erwirtschaften, um ein Leben in Würde, Freiheit, und Selbstbestimmung führen zu können. Verbesserte Lebenschancen in Drittstaaten verringern auch den Immigrationsdruck nach Europa. Als Liberale unterstützen wir die Orientierung der EU an den Millenium-Entwicklungszielen der Vereinten Nationen. Wir begrüßen insbesondere die Bemühungen der EU um universellen Zugang zur reproduktiven Gesundheit, da zu diesem Ziel bislang am wenigsten erreicht wurde.

Die Forderungen der Liberalen konkretisieren sich in vielen Punkten der EU "Agenda für den Wandel". Kernforderung der Liberalen ist dabei eine effizientere Mittelvergabe und eine stärkere Fokussierung auf die ärmsten Länder und Regionen der Welt. Für uns ist es ein Fortschritt, dass die Partnerschaft mit Schwellenländern neu gestaltet und Kohärenz und Koordinierung innerhalb der EU gesteigert werden konnten.

Die FDP fordert die konsequente Umsetzung der "Agendafür den Wandel", um folgende Ziele zu erreichen:

- Stärkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern. Hilfe soll gezielt für eine handelspolitische Öffnung bereitgestellt werden. Dies wird oft unter dem Stichwort "aid for trade" zusammengefasst.

- Reduktion von klassischer Entwicklungshilfe, also von Geldern, die an keinerlei politische Bedingungen geknüpft ist. Wir wollen Abhängigkeiten abbauen, nicht weiter verstärken.

- Stärkung regionaler Zusammenarbeit. Das heißt, dass wir Entwicklungsländer darin bestärken wollen, sich selbst zu organisieren. Gemeinsame überregionale Institutionen können dazu beitragen, demokratiefördernde Ansätze besser zu verwirklichen.

- Stärkung der zivilgesellschaftlichen Instrumente zur Stärkung der Bürgergesellschaft. Das heißt, dass Projekte mit Bildungsinstitutionen Verbänden oder NGOs vermehrt durchgeführt werden sollen.

- Verbesserte Abstimmung mit multilateralen Gebern wie der Weltbank oder dem Internationalen Währungsfonds. Diese können internationale Probleme wie z.B. Überfischung und daran anschließende Hungersnöte oft besser lösen.

- Koordinierung der Entwicklungspolitik im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik durch den/die Hohe/n Vertreter/in und seinen/ihren Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD). Dies bündelt Kompetenzen und Mittel und erhöht dadurch die Wirksamkeit von Entwicklungspolitik.

Freihandel
Mitunter basiert unser Wohlstand auf dem freien Handel. Gerade auch in Punkto Entwicklungshilfe sorgt der Freihandel nachweislich für bessere Ergebnisse als der Protektionismus.

In der Ausweitung der Handelsbeziehungen zwischen den USA und der EU sehe ich wesentlich mehr Chancen als Risiken. Mit der Verhandlungsmacht von 500 Millionen Einwohnern kann die EU auch für die mittelständischen Betriebe hier bei uns viel bewegen. Ich denke da an eine Türfabrik, die in den USA viel Geld dafür ausgeben mußte, um ihre hurrikansicheren Produkte zertifizieren zu lassen. Gleicht man die Zertifizierungsmodalitäten (Versuche, Tests) an, muss die Firma sie nicht in Europa und den USA durchführen. Die Firma scheiterte wirtschaftlich und zog sich nach hohen Investitionen zurück.

Das ausgehandelte Abkommen wird dem EU-Parlament vorgelegt. Stimmt es dagegen, tritt es nicht in Kraft.

Darüber hinaus sind wir dafür, innerhalb der Verhandlung, bessere Datenschutzstandards (NSA) zu erreichen.
Ebenso sollte die Abschaffung der Todesstrafe in den USA zu einer Bedingung gemacht werden (Aussage: Michael Theurer, MdEP, Bundeslistenplatz 2).
Sollte es eine Verminderung unserer Verbraucherschutzstandards geben, wird die FDP im EP gegen das Abkommen stimmen ((Aussage: Alexander Graf Lambsdorff, MdEP, Bundeslistenplatz 1)

Ich bedanke mich für die Verlesung des Textes und wünsche Ihrer Veranstaltung einen guten Verlauf.

Tim Hundertmark
Europakandidat
(FDP)